

# Das Recht.

Conservativ-fortschrittliches Organ für Politik und Volkswirtschaft, für Wissenschaft, Kunst und Literatur

Erscheint wöchentlich 6-mal, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Samstag und Sonntag. — Preis für Pressburg: Ganzjährig 8 fl.; halbjährig 4 fl.; vierteljährig 2 fl.; Zustellung in's Haus per Monat 18 kr.; einzelne Nummern 4 kr. — Auswärts mit Post bezogen: Ganzjährig 11 fl.; halbjährig 5 fl. 50 kr.; vierteljährig 2 fl. 75 kr. — In Pressburg abonniert man bei der Administration: **Apponyigasse Nr. 10.** — Auswärtige Abonnenten abonnieren daselbst oder bei den betreffenden Postämtern. Inserate werden bei der Administration des Blattes angenommen und kosten: Die 4-mal gespaltene Zeile bei einmaliger Einschaltung 6 kr., bei mehrmaliger entsprechender Rabatt; jedesmalige Stempelgebühr 30 kr. — Zeitungsbestellungen und Zuschriften erbittet man sich frankirt; unverseelte Reclamationen wegen nicht erhaltener Nummern sind portofrei. Manuscripte werden nicht zurückgestellt. — Redaction: **Viereimgasse Nr. 177.**

Nr. 235.

Donnerstag 14. October 1875.

IV. Jahrgang.

## Die Christen in der Türkei.

II.

Das Verhältniß der Türken zu ihren christlichen Untertanen ist notorisch heute noch eben so rein ein Resultat des numerischen Uebergewichtes und materieller Gewalt, wie vor 400 Jahren. Kein sittliches Band der Gegenseitigkeit, der wechselseitigen Treue hat in der langen Zeit das Factum der Eroberung sanktionirt. Der Türke ist unfähig, über Christen als gottgeordnete Obrigkeit zu herrschen, er versteht nur, sie durch den Schrecken des Säbels zu unterwerfen, aber keine einzige ethische Pflicht, welche Gott den Obrigkeiten auferlegt, um ihnen den Segen und die Garantie Seiner Sanction zu geben, zu erfüllen. Seine Rechtspflege über den Christen ist empörende Willkür; sein religiöser Codex, der Koran, liegt ihr angeblich zu Grunde, — schon das ist eine Rechtsverachtung der Christen — aber nicht genug damit, selbst seine Anwendung gegen die Christen wird noch gehässiger durch die Willkür, mit der sie vorgenommen wird. Kein Christ kann vor Gericht Zeugniß ablegen, kein Türke steht ihm als Zeuge bei; er ist rechtlos. Für sein materielles, gar für sein geistiges Wohl trägt sein Herr nicht die geringste Fürsorge; wo das Pferd des Türken seinen Huf hingeseht hat, „wächst kein Gras mehr“, sagt das Sprichwort. Das Elend des christlichen Volkes, durch zuverlässige Nachrichten ist uns jetzt allgemein bekannt geworden, spottet aller Schilderung. Der an den härtesten Entbehrungen reichste Orden unserer Asceten, die Trappisten, erscheinen dem bosnischen Volke gegenüber fast als Schwelger! Die Abgaben, welche von dem besitzlosen Christen erpreßt werden, sind willkürlich und beispiellos; aber noch empörender ist es für jedes christliche Gefühl, daß selbst die Ehre ihrer Weiber und Töchter der frechen Willkür ihrer Bedränger zum Opfer fällt. Gewalt und Willkür sind ausnahmslos die Prinzipien, nach denen der Türke die Rajah beherrscht; die „Rajah“, die „weidende Herde“, schon dieser Name bezeichnet prägnant das Verhältniß, welches dort zwischen Türken und Christen besteht: die weidende Herde, aus welcher der Schlächter sich die rechtlosen Objecte seines Willens herausgreift. Man entehrt den heiligen Namen der Obrigkeit, man persifliert das unter göttliche Sanction gestellte Verhältniß gegenseitiger Treue, wenn man das Säbelregiment der Türken als ein obrigkeitliches bezeichnen wollte. Ihm können Christen keine Treue brechen, denn ein Treue-Verhältniß ist dort nie constituirt worden und kann trotz alles Schwindels mit Hat-Humayum und Trade nie zwischen Türken und Christen constituirt werden.

Vor Allem aber sind es die katholischen Christen, deren Aufgabe es ist, in der jetzigen Lage dort das Recht und die Freiheit zu wahren. Denn wie unsere irrenden, durch das heilige unauslöschliche Band der Taufe mit uns untrennbar verbundenen Brüder auch darüber denken mögen, ob sie es dankend anerkennen oder höhnisch verwerfen:

unser, der Katholiken Privilegium, unser erhabenes Vorrecht ist es, Allen voran die heiligsten Güter der Menschheit zu verteidigen, für Glauben, Recht und Freiheit einzustehen, wo immer in der Christenheit diese auch gefährdet sein möge. Unser Vorrecht ist es, denn wir allein haben den festen Grund des Felsens Petri unter unseren Füßen, die unerschütterliche Autorität der Kirche, den unfehlbaren Papst. Die schismatischen Freiheitskämpfer haben Recht, wenn sie von der Autorität ihrer geistlichen Häupter sich bestimmen lassen, ihren Streit gegen die türkischen Verderber als einen gerechten, Gott wohlgefälligen zu erkennen; sie haben durch die Sünde ihrer Vorfahren, vom Centrum der christlichen Einheit getrennt, keine höhere, bessere Autorität. Aber die wahre, vollberechtigte Sanction erhält das blutige Ringen der gesammten Christenwelt erst dadurch, daß ihre katholischen Brüder, gestützt auf die sonnenklare Lehre ihrer unfehlbaren Autorität, sich treu und ohne Sondergedanken dem gemeinsamen Kampfe anschließen und ihm den Character verleihen, der ihn mit der höchsten Würde adelt: den Character des heiligen Kampfes für Glauben, Recht und Freiheit, mit Einem Worte: den Kampf für das Kreuz, welches die Menschheit auch social, staatlich und rechtlich zu erlösen bestimmt ist.

## Aus den Delegationen.

Wien, 12. October.

Die gestrige (fünfte) Sitzung der österreichischen Delegation, welche über das Ordinarium des Heeresbudgets berieth, gestaltete sich abweichend von der bisherigen Gleichförmigkeit in der friedlichen Auseinandersetzung zu einer lebhaften Debatte. War es schon Delegirter Hofrath Dr. Beer, der bei dem Titel „Technisches und administratives Militärcomitée“ die Ausführlichkeit, aber auch Langsamkeit der statistischen Arbeiten und Ausweise unserer Heeresverwaltung rügte, so sollte Delegirter Ritter v. Dypenheimer bei dem Titel „Naturalverpflegung“ eine geradezu vernichtende Kritik der Militärverwaltung üben, indem er an der Hand statistischer Daten nachzuweisen in der Lage war, daß die Truppen unserer Armee im Vergleiche zu jenen anderer Länder die ungenügendste Verpflegung genießen, indem der einzelne Mann 134,3 Gramm Fleisch erhalte, wo nach wissenschaftlicher Berechnung für die Ernährung des einzelnen Menschen 270 Gramm Fleisch erforderlich seien. In Verbindung hiemit sei auch die Sterblichkeit in der österreichischen Armee die verhältnißmäßig größte. Er sei daher notwendig, heute, wo die Armee alle Stände des Reiches umfasse, in erster Linie für die genügende Verpflegung der Truppen zu sorgen, und die Armeeverwaltung sollte in anderen Zweigen Ersparungen erzielen, um die Mannschaftsloft verbessern zu können. Kriegsminister Frh. v. Koller wendet sich gegen seine Borredner Freiherrn v. Walterstrichen und Dr.

Sturm und sagt, daß ihm die Verpflegung der Mannschaft nicht gleichgültig sei, diese vielmehr Gegenstand seines eingehendsten Studiums gewesen, er aber doch nicht die Ansichten derjenigen theilen könne, die in der Herabminderung des Präsenzstandes der Truppen das Mittel erblicken, die Verpflegung durch die auf diese Weise erzielten Ersparungen zu verbessern. Die Ausbildung des Heeres stehe im Hinblick auf die dermalige Gefechtsführung weit höher, als die bessere Verpflegung, soll die Wehrkraft des Reiches nicht gefährdet und geschwächt werden. Das richtige Mittel bestünde in der Bewilligung von 1,800,000 fl., die er aber in das Budget nicht einstellen konnte, weil in dem Ministerrathe die Majorität dafür nicht erlangt werden konnte. Das Erforderniß für die Landarmee wurde nach dem Ausschusseantrage bewilligt.

Eine bedeutende Abweichung von den Anträgen des Ausschusses ergab sich bei Feststellung des Gesamtverordernisses für die Marine, indem der Ausschuß die für das Kasemattschiff „Legetthoff“ von der Regierung geforderten 847,200 fl. stich, die Delegation hingegen 687,200 fl. über Antrag des Del. Dr. Teuschl bewilligte, so wie dies auch die ungarische Delegation gethan. Als die Regierung seinerzeit die Summe zur Erbauung dieses Schiffes in Forderung brachte, wurde sie nicht bewilligt, der Bau aber dennoch begonnen und im Vorjahre mit Rücksicht auf die vollendete Thatfache der Betrag von 3,796,000 fl. präliminirt. Die Delegationen bewilligten als erste Rate 282,000 fl. Mittlerweile mußte angefihts neuerer Errungenschaften im Schiffswesen ein Umbau des „Legetthoff“ vorgenommen werden, sollte man den Zeitanforderungen entsprechen, so daß sich die Kosten des Schiffes nunmehr auf 4,971,000 Gulden belaufen. Auch der Umbau wurde ohne Bewilligung der Delegation vollzogen, welcher durch aus incorrecte Vorgang dem Kriegsminister, den man ganz richtig auch für die Marine als verantwortlich erklärte, über Antrag des Dr. Schaub und Dr. Herbst eine ernste Mißbilligung zuzog. Das Geld hat er auch erhalten, und das war die Hauptfache. Für die Mißbilligung ergab sich aber nur eine Majorität von 8 Stimmen, für die Geldbewilligung aber eine von 33 Stimmen. Das Marinebudget wurde im Uebrigen conform den Anträgen des Finanzausschusses erledigt.

Die ungarische Delegation hielt ihre zehnte Sitzung, in welcher Eugen Nagy an den Minister des Auswärtigen eine Interpellation richtete, welche Gründe obwalten, daß die Confular-Vertretung Oesterreich-Ungarns so unverhältnißmäßig vertheilt ist. Auf der Tagesordnung beand sich die Prüfung der Schlußrechnungen pro 1873, aus welchem Anlaß die Ueberschreitungen der Kriegsverwaltung wiederholt zur Sprache kamen und zur Annahme einer Resolution führten, die darauf hinausgeht, daß künftighin Ueberschreitungen nicht mehr einfach in das Budget des nächsten Jahres

eingestellt werden dürfen, sondern zur Deckung derselben Nachtragscredite in Anspruch genommen werden müssen.

In der sechsten Sitzung der österreichischen Delegation (12. October) wurde das Extraordinarium des Kriegsbudget's berathen, und für Anschaffung der Kanonen der Betrag von 8,500.000 fl. ohne Debatte und für Werdnlgewehre 2,050.000 fl. eingestellt.

### Politische Uebersicht.

Brünn, 13. October.  
Auch heute hat die Finanzkommission des Abgeordnetenhauses sich mit dem Budget des Ministeriums für Ackerbau, Gewerbe und Handel beschäftigt, und kam zunächst der Voranschlag für die Post zur Sprache. Bei dieser Gelegenheit entwickelte der Minister Baron Ludwig Simonvi seine Absicht, das Post- und Telegraphenwesen zu vereinigen. Er glaubt durch diese Maßregel beim Beamtenpersonal und bei den Ausgaben für Amtlokalitäten durch die Vereinigung der Directionen, sowie der Kassenämter sehr bedeutende Ersparungen erreichen zu können. Uebrigens ersuchte er die Kommission, über diese Frage vorläufig kein Urtheil abzugeben, sondern die Sache der Regierung anheimzustellen. Nach einer langen Diskussion erklärte die Kommission sich hiemit einverstanden, indem Dr. Senyey bemerkte, daß die Finanzkommission bei der Verathung des nächsten Budgets ihr Urtheil über die bis dahin eintreffenden Detailanträge des Ministers abzugeben haben wird. Das Postbudget wurde übrigens ohne Abstrich votirt.

Bekanntlich entsendete das Dedenburger Comitat, ohne zu wissen, wie — von der Zahl der auf es entfallenden Deputirten zumeist Anhänger der liberalen Partei. Wie sehr diese liberale Majorität die politische Anhängerschaft des Comitates repräsentirt, geht aus dem Umstande hervor, daß — wie dem „K. N.“ und „Ung. N.“ berichtet wird — in der am 11. d. abgehaltenen Generalversammlung des Comitatsauschusses bei geheimer Abstimmung ein Sieg der conservativen Partei mit 106 Stimmen gegen 32 errungen wurde. Man lasse geheim abstimmen und wir sind überzeugt, daß, wenn der Terrorismus anhört, in den meisten Comitaten ein ähnliches Resultat erzielt werden wird. Ein eclatanter Beweis für die politische Strömung im Lande und dafür, daß die liberale Partei, wenn sie das Land zu repräsentiren vermeint, in bewußter Selbsttäuschung lebt.

In der „Nar. Nov.“ veröffentlicht das Präsidium des kroatischen Landtages eine Aufforderung an die kroatischen Abgeordneten, sich am 17. d., um 11 Uhr Vormittags, im Landtagsaale in Agram einzufinden, da an diesem Tage die Sitzungen wieder beginnen.

Die großen Ferien der Mittelschulen wurden definitiv auf die Monate Juli und August verlegt. Schon in den nächsten Tagen soll, wie „Napó“ mittheilt, der Unterrichts-Ministerial-Erlaß erscheinen, welcher den Schluß des 1875—76er Schuljahres mit Ende Juni anbefiehlt.

In Oesterreich fand vorgestern abermals eine protelatinistische Kundgebung statt und zwar in der Brünnener Handelskammer, in welcher die Abgeordneten Jos. Neuwirth und Comperz zur vollsten Zufriedenheit ihrer Wähler über die Thätigkeit in der abgelaufenen Reichsraths-session Rechenschaft ablegten. Die Kammer drückte den beiden Abgeordneten durch Erheben von den Sitzen den Dank für ihre Leistungen aus. Die Vertheidigung Beust's gegen den ihm wegen des Abchlusses der Nachtragsconvention mit England gemachten Vorwurf, wurde von Josef Neuwirth einer Kritik unterzogen, welcher insbesondere der Behauptung Beust's gegenüber, daß vor dem Krach Niemand über die Folgen dieser Nachtrags-Convention geklagt habe, und daß der Rückgang der Industrie erst vom Jahre der Krisis datire, auf den statistischen Handelskammerbericht vom Jahre 1871 und auf die Constituirung des Schaf-

wollwaaren-Comite's im Jahre 1872 verwies, um das Gegentheil zu constatiren.

Der vom Adress-Ausschusse der bairischen Abgeordneten-Kammer mit 8 gegen 7 Stimmen genehmigte Adress-Entwurf lautet wörtlich, wie folgt:

„Allerdurchlauchtigster Großmächtigster König! Allergnädigster König und Herr! Indem die neugewählte Kammer der Abgeordneten Allerhöchst Ihrem Throne naht, um ihre Huldigung darzubringen, obliegt ihr vor allem die traurige Pflicht, Ew. königlichen Majestät den Ausdruck des tiefsten Beileides mit den schmerzlichen Verlusten allerhöchstdurchlauchtigster darzubringen, die das königliche Haus in kurzer Frist Schlag auf Schlag erlitten hat. In guten wie in schlimmen Tagen mit dem Lande innig verwachsen, haben die hingeschiedenen erlauchtesten Mitglieder des königlichen Hauses sich ein dankbares Andenken begründet, das nie erlöschen wird. Das bairische Volk hat den Augenblick ersehnt, wo es seinen Vertretern wieder gegönnt sein würde, ihre Bitten und Anliegen unmittelbar zu den Füßen des königlichen Thrones niederzulegen. In jeder Bedrängniß erwartet dieses Volk Hilfe und Rettung nur von seinem König und Herrn. Heute aber richtet es mehr als je seine bittenden Blicke allerhöchstdurchlauchtigster auf Ew. königl. Majestät. Denn mehr als je fühlt sich das bairische Volk bedrängt durch die frieblose Lage der Gegenwart, und geängstigt durch die drohenden Gefahren einer ungewissen Zukunft. Daher sind im ganzen Lande die jüngsten Landtagsneuwahlen als ein Moment von entscheidender Wichtigkeit betrachtet worden. Aber die gegenwärtige Regierung wollte nicht, daß der Hüßeruf des treuen bairischen Volkes an Ew. königliche Majestät gelangte. Mit allen erfindbaren Mitteln, gegen den Geist und den unbefangenen interpretirten Buchstaben des Gesetzes, hat sie das Zustandekommen einer Kammer der Abgeordneten zu verhindern gesucht, wie eine solche bei unparteiischem Votzuzug der Wahlen sich ergeben haben würde. Die Neuwahlen sind auf Grund einer Wahlkreis-Eintheilung vorgenommen worden, bei welcher nicht Recht und Gerechtigkeit die Hand geführt hat, sondern die Absicht, die wahre Meinung und Gesinnung der großen Mehrheit des bairischen Volkes zu unterdrücken, desjenigen Volkes, welches unter allen Umständen seine Treue und Anhänglichkeit bewahrt hat. Wie das Beispiel der obersten Behörde durch untergeordnete Organe bei der Anordnung der Urwahlen nachgeahmt worden ist, davon werden die uns obliegenden Wahlprüfungen ein getreues Bild ergeben. Wenn das gegenwärtige Ministerium das Vertrauen des Landes zu besitzen gemeint hätte, dann wäre es nicht auf Auskunfts-mittel verfallen, die selbst der Erfolg nicht zu beschönigen vermöchte. Nachdem aber der Versuch nicht einmal von dem gewünschten Erfolg begleitet war, so hätte die neugewählte Kammer wohl erwarten dürfen, daß das Ministerium durch seinen Rücktritt ihr die unliebe Nothwendigkeit erspart hätte, mit einer allerunterthänigsten Beschwärde Ew. königl. Majestät zu behelligen. Das Land ersehnt den Frieden und ein vertrauensvolles Zusammenwirken der Regierung und seiner Vertreter. Den hingedrückten Frieden wird aber weder eine Parteilagerung noch eine Regierung zu bieten vermögen, welche die eine Seite des Hauses gegen die andere verwendet, ohne jemals die aufrichtige Unterstützung von der einen oder der anderen Seite gewinnen zu können. Das Land ruft nach einer bairischen Regierung, die sich, Recht und Gerechtigkeit zum alleinigen Leitstern nehmend, weder scheut, noch sich zu scheuen Urache hat, an die Stelle eines erlöschten Gleichgewichtes durch allseitig freie Wahlen den wahren Ausdruck der Meinung und Gesinnung des bairischen Volkes zu setzen. Nur eine solche Regierung wird, von der Volksvertretung nicht nur nicht behindert, sondern eifrig unterstützt, die erlahmende Regierungsthätigkeit neu beleben können. Nur eine solche Regierung wird auch in dem Collegium des Reiches jenes Ansehen genießen, das ihr reichsverfassungsmäßig gestattet, und das auch unumgänglich nothwendig ist, wenn nicht wie bisher ein Stück nach dem andern von den bairischen Kron- und Landesrechten dahinfallen soll, in einem Interesse, das sehr weit entfernt ist, das allgemein deutsche zu sein. Im Geiste unwandelbarer Treue gegen Ew. königl. Majestät und der

opferwilligen Hingebung an unser geliebtes bairisches Vaterland bringen wir unsere allerunterthänigste Vorstellung an den königlichen Thron und bitten Ew. königl. Majestät allerhöchstdurchlauchtigster, Allerhöchstdurchlauchtigster getreuen Unterthanen abermals das erhabene königliche Wort vernehmen lassen zu wollen: „Ich will Frieden haben mit meinem Volke.“ In tiefster Ehrfurcht erstirbt Ew. königl. Majestät allerunterthänigst treuehoriamste Kammer der Abgeordneten.“

In München stand vor einigen Tagen der Redacteur des bairischen „Vaterland“, Dr. Sigl, bekannt durch seine Haft in Salzburg und durch seine schmähliche Auslieferung Seitens der österr. Regierung, vor den Geschwornen, angeklagt der Bismarck-Beleidigung, welche er dadurch begangen haben sollte, daß er dem Fürsten Bismarck nachsagte, er habe sich die Durchführung der Reformation in ganz Deutschland zur Aufgabe gestellt. Die Geschwornen verneinten die Schuldsfrage und das Publikum begrüßte den Wahrspruch der Geschwornen mit Zeichen des Beifalls, ein Beweis, wie populär Bismarck bereits im bairischen Volke ist. Der Wahrspruch der Geschwornen ist umso bemerkenswerther, als der Staatsanwalt mit einer gewissen Animosität fünf Geschworne ablehnte, die ihn zu „ultramontan“ waren, während Dr. Sigl keinen einzigen ablehnte. Mit Recht bemerkt die „Frankf. Ztg.“: „Eine Freisprechung Sigl's von Seite der Geschwornen, eine Freisprechung von angeblicher Bismarckbeleidigung — das ist in der That etwas Neues und nach den Umständen, die den Act begleiteten, fast ein Ereigniß. Das Publikum, telegraphirt man der „A. N. Z.“, begrüßte den Wahrspruch der Geschwornen mit Zeichen des Beifalls — Zeichen, die gewiß nicht Herrn Sigl gegolten haben, sondern wohl mehr eine kritische Aeußerung der Volksstimm über die von Barzin ausgehenden lithographischen Postsendungen waren. Und der Präsident des Gerichtshofes weist die gallige Bemerkung des Angeklagten: warum man immerfort die Leute im Süden wegen Kanzlerbeleidigung prozessire, während man in Berlin die Präfectentäter auf die blau-weiße Majestät ungehoren lasse, kühl bis in's Herz hinein mit der Bemerkung zurück, der König von Baiern habe eben noch keine Strafanträge gestellt. Ein neues Reservatrecht, auf das wir die Aufmerksamkeit der Einheitsbedürftigen lenken möchten.“

Zur Dggersheimer Affaire macht die „Pfalzer Ztg.“ darauf aufmerksam, daß „Bischof“ Neikens in der Pfalz unter den Augen und sogar mit ausdrücklicher Erlaubniß der Behörden katholische Bischofsfunctionen ausüben dürfe, obgleich dies nur mit Verletzung des Concordats, also eines wesentlichen Theils der bairischen Verfassung, geschehen könne, während man dem Bischof von Mainz das Abhalten eines Pontificalamts und einer Predigt verboten habe. Und die „Germania“ fragt die „liberalen“ Blätter, welche die Dggersheimer Angelegenheit einen „Scandal“ nennen, ob es nicht ein wirklicher Scandal sei, wenn die „N. Allg. Ztg.“ andeuten darf, daß eventuell „eine nervige Faust mit einem Riesenschwamm über die blau-weißen Grenzpfähle hineinlangen und ein patriotisches Ministerium mitten im Essen von der Tafel herunterwischen könnte?“ Also eventuelle Intervention ohne Rücksicht auf die bairischen Kron- und Reservatrechte.

Im Serbien hat kaum das neue Cabinet seine Mission angetreten, und schon werden Stimmen laut, welche es als ein provisorisches oder richtiger als ein Uebergangskabinet zu einem vollständig conservativen Ministerium bezeichnen. Inzwischen nimmt auch das jetzige Cabinet vollständig conservativen Aluren an. Den Frieden wird es ehrlich wahren, und die Zeit der serbischen Freischaaenzüge auf türkisches Gebiet scheint enogiltig vorüber zu sein. Die meiste Aufmerksamkeit zieht die Skupschina auf sich. Sie wird aller Voraussicht nach dem Ministerium, dessen Präsident bisher ihr Präsident gewesen, Ordre pariren. Fürst Milan ist im Augenblicke wieder der populärste Mann des Landes. Sein entschiedenes Auftreten in der letzten Krise, welches das Land vor großem Unheil bewahrte, hat ihm viele Sympathien erworben. Dem serbischen Volke imponirt

nichts so sehr, als eine entschlossene That, und dies war das persönliche Eintreten des Fürsten für den Frieden in den Momenten der höchsten politischen Aufregung.

In der Herzoginina dauert die Inurrection fort, es kommen kleinere Zusammenstöße zwischen Türken und Anjurgenten vor, die außer einer dauernden Belästigung keinen weiteren Erfolg haben. Die gegenwärtige Kriegführung der Anjurgenten soll, wie die „W. P. C.“ berichtet, die türkischen Befehlshaber beunruhigen, weil die Anjurgenten plötzlich in größeren Massen bald hier bald dort aufstauen, und ebenio rasch verschwinden. Nach mehrtägiger Ruhe auf ungefährdetem Gebiete sammeln sich die Anjurgenten wieder, und erscheinen an Orten, wo sie von den Türken am wenigsten vermuthet werden.

### Original-Correspondenzen des „Recht.“

**Berlin, 7. October.** Fürstbischof von Breslau ist „abgesetzt“ durch den königlichen Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten, so lautet die wichtige Nachricht des gestrigen Tages. Wiederum also hat ein weltlicher Gerichtshof zu Gericht geessen über einen Würdenträger der katholischen Kirche, welcher sein heil. Amt und seine hohe Würde doch nicht dem Staate, sondern nur der Kirche zu verdanken hat. Wiederum hat man einen Bischof seines Amtes für verlustig erklärt wegen des Ungehorsams gegen die Kirchen-Gesetze, und zwar einen Mann, welcher in dem Jahre 1848 unter großer Gefahr des eigenen Lebens für Gerechtigkeit und Ordnung seine Stimme so mächtig und erfolgreich erhoben, dessen Verdienste außerordentliche zu nennen, dessen milde Gesinnung selbst die Gegner zu rühmen wissen. Fürstbischof von Breslau ist der Dritte im Bunde der „abgesetzten“ Kirchenfürsten; ihm sind der Erzbischof von Gnesen-Posen und der Bischof von Paderborn vorangegangen, ihm werden aller Voraussicht nach die andern Bischöfe folgen. Ja, die gestrige Gerichtsverhandlung hat klar und deutlich gezeigt, welches Loos aller unserer Bischöfe harret. Nach dieser Gerichtsverhandlung zu urtheilen, unterliegt es nicht dem geringsten Zweifel, daß die Zeit kommen wird, wo alle Bischöfe Preußens für abgesetzt erklärt sind. Man möge sich doch dadurch nicht täuschen lassen, daß ganz allmählig vorgegangen wird; man möge sich auch nicht beirren lassen durch die Friedens-Nachrichten, welche von Zeit zu Zeit die Kunde durch die „liberalen“ Blätter machen, Nachrichten, welche einzuschläfern bezwecken, die zum „Laviren“ und zu Halbheiten führen sollen, die in unserer ernsten Zeit zu den größten Fehlern zählen. Die wahre Zeitlage ist eine traurige, eine entsetzlich traurige; sie erfordert ein mannhafte Einsehen, ein mannhafte Auftreten für unsere hl. Kirche! — In Trier ist der erste katholische Priester als „einjähriger Freiwilliger“ unter die Waffen gestellt. Ein katholischer Priester im Militärrock! Derjenige, der das Evangelium verkünden, täglich am Altare das hl. Opfer darbringen und die hl. Sacramente spenden soll, in der Dressur eines Unterofficiers! Welche Gefühle ein katholisches Herz bei diesen Gedanken bewegen, müssen wir aus naheliegenden Gründen unerörtert lassen. Ueber die Kaiserreise bringt fast jeder Tag neue Angaben; so viel aber steht fest, daß, wenn nicht unvorhergesehene Ereignisse eintreten, sie unternommen wird.

**Oggersheim, 8. October.** Da das Fest zu Oggersheim zur Staatsaffäre aufgebauht werden zu sollen scheint, so wollen wir unsern Lesern auch etwas über seinen Verlauf, wie ihn die „Rheinpfalz“ schildert, mittheilen. Das erwähnte Blatt schreibt:

Das war ein Fest, die Jubelfeier der hiesigen Wallfahrtskirche, wie in der Pfalz (Speyer ausgenommen) noch keines gefeiert wurde. Die schönsten Vorbereitungen waren getroffen, um den 3. und 4. October in einer des Festes würdigen Weise begehen zu können, und man kann sagen: Alles gelang in überraschender Art. Die Häuser der Katholiken hatten sich in Festeschmuck gekleidet und Sonntag Abend waren alle, auch die der

Aermsten, illuminirt. Am selben Abend bewegte sich ein großartiger Fackelzug vom Pfarrhause aus durch die Straßen der Stadt zum Kloster, das zwei Kirchenfürsten, die hochw. Herren Bischöfe von Mainz und Speyer, beherbergte. Dort trug der Gesangverein ein herrliches Lied vor, worauf Herr Lehrer Eimer in wahrhaft meisterhafter Rede die hohen Herren, deren Gegenwart das Fest verherrlichte, begrüßte, und ein Hoch ausbrachte, in das mehr als 3000 Anwesende einstimmten. Einen imposanten Anblick gewährte die mehrmals bengalisch beleuchtete Kirche. — Kopf an Kopf war die geräumige Kirche an beiden Tagen während des Gottesdienstes gefüllt, und in lautloser Stille lauschten Alle den herrlichen Reden, die an diesen Tagen gehalten wurden. Einen ergreifenden Eindruck machte besonders die Predigt des Herrn Bischofs von Mainz, der in wirklich populärer Weise die christliche Familie zum Inhalte seiner ausgezeichneten Rede machte. Selbst hochgestellte Protestanten, die den Predigten der beiden Herren Bischöfe amwohnten, sprachen die Befriedigung, ja ihre Bewunderung aus. Montag früh celebrirte der hochw. Herr Bischof von Mainz das Pontificalamt, dem unser Oberhirte feierlich assistirte. Einen würdigen Abschluß fand das Fest in der nachmittägigen Prozession, die in endloser Reihe sich auf dem Platze um die Kirche bewegte. — Sollte man glauben, daß dieses Fest, das rein religiöser Natur war, wobei kein Andersgläubiger verletzt wurde, und an dem selbst Protestanten mit großer Begeisterung Theil nahmen, als staatsgefährlich angesehen werden könnte? Trotz alledem hat das Fest einen Verlauf genommen, der an Großartigkeit seines Gleichen sucht, und ein Jeder von hier, aus Nah und Fern, muß sich gestehen: das war ein schönes Fest!

### Tagesneuigkeiten.

\* (Der Prinz von Wales) ist am 11. d. von London nach Dover abgereist, von wo aus derselbe die Reise nach Indien antritt. Der Prinz war von seiner Gemalin und den Herzogen von Edinburgh und Connaught begleitet.

\* (Zum Morde der Baronesse Schenehen in Fünfkirchen) schreibt die dortige Zeitung: Alle bisherigen Nachforschungen, den Schlüssel zu dieser geheimnißvollen Unthat zu finden, blieben vorläufig resultatlos, umso mehr, da sich der Verdacht als grundlos erwies, den man anfänglich auf einen Mann aus Slavonien geworfen; derselbe ist ein alter Diener des Hauses, der die Ermordete wie sein Kind verehrte und sie fleißig besuchte, weil sie in ihrer Guttherzigkeit sich von ihm so manchen Gulden herauslocken ließ.

\* (Fünfhäuser Kirche.) Am künftigen Sonntag, den 17. October, als dem Kirchweihfeste, wird die prachtvolle, vom Dombaumeister Schmidt im gothisch-byzantinischen Style erbaute Fünfhäuser Kirche durch den Cardinal Hauscher in Wien in der feierlichsten Weise eingeweiht. Samstag Vormittags findet die Besichtigung dieser Kirche durch hiezu geladene Gäste statt.

\* (Der Bau des Dpernhause) am Herminienplatze in Budapest hat gestern Morgens thatächlich begonnen. Die ersten Spatenstiche zur Aushebung des Erdreichs für die Fundamente des Baues wurden durch den Intendanten des Nationaltheaters Br. Friedrich Podmanitzky, den Architekten des Dpernhause, Herrn Nikolaus Jhl, den Baumeister Herrn Ludwig Hofbauer, den Bauleiter und verschiedene andere bei dem Bau betheiligte Herren vollzogen, worauf die Erde auf einen Wagen geladen und fortgeführt wurde. Eine weitere Feierlichkeit war mit dem Akte vorläufig nicht verbunden.

\* (Ein Steuer-Eldorado) ist die Gemeinde deutscher Zunge: Elek, im Arader Comitatz, denn einem Arader Einwohner, der zur Deckung seiner Communalsteuer (er besitzt nämlich im Steuerrayon der Gemeinde einen Feldcomplex) 30 fl. einmündte, wurde dieser Betrag retournirt (auch ein in den Annalen der Steuerpraxis merkwürdiges Ereigniß), weil für das Jahr 1875 keine Communalsteuer ausgeworfen sei.

### Localnachrichten.

\*\* (Dringende Bitte.) Die neue Seuche, genannt „Majsenverarmung“, grassirt im

kleinen Gewerbestand erschreckend; und sind es namentlich manche brave Familien, die unser ganzes Mitleid, unsere volle, opferwillige Nächstenliebe verdienen. Für eine solche Familie, der vor einem Jahre die treue, sorgende Gattin und Mutter durch den Tod entrissen wurde, erheben wir die herzlichste Bitte um barmherzige Unterstützung. Unverschuldet versiel der kränkliche Mann einem Grade der Verarmung, die den gewöhnlichen Straßenbettler als beneidenswerth erscheinen läßt. Für sechs unmündige mütterlose Waisen soll der Aermste sorgen, und trotz aller Anstrengung kann er nicht mehr das trockene Brod für die Seinigen verdienen. Nur der unerschütterliche Glaube an den lieben Gott und die Hoffnung auf barmherzige Menschen hält ihn vor der Verzweiflung zurück, denn kommt ihm nicht baldige Hilfe, so wird er mit seinen sechs hungernden Kindern des Obdaches beraubt, das heißt auf die Gasse gesetzt. — Unsere Administration übernimmt und quittirt im „Recht“ mit innigstem „Bergelt's Gott“ alle milden Gaben, welche für diese unglückliche Familie einfließen.

## Feniletton.

### Ueber Orgelbau.

I.

In Nr. 215 und 216 Ihres geschätzten Blattes fand ich einen Artikel „Ueber Orgelbau“, der mir einerseits seiner Gediegenheit und Gründlichkeit wegen recht gut gefallen, andererseits aber mich zu einer Entgegnung veranlaßt. Deshalb erlauben Sie, geehrtester Herr Redacteur, daß ich Sie ersuche, diese Zeilen, die nicht so sehr ein Angriff auf jenen Artikel, als vielmehr eine Ergänzung desselben bilden sollen, in Ihr geschätztes Blatt gütigst aufzunehmen.

Gleich am Anfange, auf der ersten Seite genannten Artikels steht: „So viel ist gewiß, daß wir in Oesterreich keine Orgelbaukünstler aufzumeisen haben. Die Wiener Weltausstellung lieferte den besten Beweis dafür. Hätten die Ausländer Walker und Steinmeier nicht concurrirt, so wäre die Abtheilung musikalischer Instrumente nach dieser Richtung hin mehr als arm vertreten gewesen.“

Diese Zeilen müssen mir fast die Ueberzeugung aufdrängen, daß Herr Correspondent die Wiener Weltausstellung gar nicht besucht oder die Berichte über die Orgeln auf der Wiener Weltausstellung, wie solche von Dr. Karl Hausleitner in der „Deutschen Zeitung“, Abendblatt Nr. 615 (16. September 1873), dann in der „Presse“ von Professor E. Schelle (welcher Artikel in der „Musica sacra“ von Dr. Fr. Witt in Nr. 11 1873 abgedruckt), nicht gelesen hat, denn sonst müßte Herr Correspondent jedenfalls gesehen oder doch wenigstens in den bezeichneten Artikeln gefunden haben, daß unter den österreichischen Orgelbauern doch Einer war, nämlich Herr Mayer in Feldkirch, Vorarlberg (das doch gewiß noch in Oesterreich liegt), der mit seiner ausgestellten Orgel von 16 Registern mit den Ausländern Walker und Steinmeier concurriren konnte. Als Beweis hierfür diene Ihnen eine Stelle aus dem ersten Artikel von Professor E. Schelle: „Wie nun aber der Fachmann darüber denken mag, bezeichnend ist es immerhin, daß unter den ausgestellten Orgeln die nach dem System der Kegelladen gut construirten Instrumente von Steinmeier in Dettingen und Mayer in Feldkirch sich am meisten neben den Walker'schen Orgeln durch Klangfülle und Tongehalt auszeichnen.“

Ferner noch eine andere Stelle aus dem zweiten Artikel desselben Herrn Professors, die Ihnen eingehender das ausgestellte Werk Mayer's zeichnet:

„Machen wir nun einen flüchtigen Sprung aus der Notunde in die österreichische Abtheilung, um der bereits in unserm ersten Artikel gedachten Orgel der Gebrüder Mayer aus Feldkirch unsern Besuch abzustatten; ist sie doch die dritte im Bunde, welche durch ihre Vorzüge das Interesse auf sich lenken. Dort zeichnet sie sich an dem Hintergrund des Raumes mit ihren graziosen Formen, den schlank emporkragenden Spitzen ihres in gothischem Style gehaltenen

